

Georgien und Ukraine – Vorspiel zu einem großen Krieg?

Hans-Georg Heinrich, Doris Vogl

Einleitung

Bei der Analyse russischer Außenpolitik werden Georgien und die Ukraine häufig in einem Zug genannt. Angeblich belegen beide Ereignisse die Existenz einer russischen Strategie territorialer Zugewinne nach dem Muster der Kriege im 19. Jahrhundert oder der Wiederrichtung der Sowjetunion. Doch wie weit spielen der georgisch-russische 5-Tage-Krieg und der Ukraine-Konflikt tatsächlich ineinander? Welche Faktoren rechtfertigen die Annahme eines strategisch-operativen Grundmusters für beide bewaffnete Auseinandersetzungen, und welche Punkte sprechen dagegen? Das Autorenteam dieses Beitrags hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Fragen nachzugehen.

Das georgische Szenario – Vorspiel zum Ukraine Konflikt?

Hinsichtlich der Zeitachse von 2008 bis 2014 wird gerne argumentiert, die Ereignisse von 2008 und die darauffolgenden Geschehnisse in der Abchasien- bzw. Südossetienfrage hätten den Anstoß für Moskaus Vorgehen in der Ukraine-Krise gegeben.

Bei einer näheren Untersuchung des georgisch-russischen Kontexts muss zunächst berücksichtigt werden, dass es sich im Falle von Abchasien und Südossetien um länger zurückliegende Konflikte aus den frühen 1990er-Jahren handelt und Russland über den Zeitraum von mehr als 15 Jahren einer Wiedereingliederung beider Separatistengebiete grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstand.

Sowohl unter der Präsidentschaft Eduard Schewardnadses als auch unter der darauffolgenden Saakaschwili-Regierung wurden Verhandlungen mit Sochumi sowie Zchinwali unter Einbeziehung Moskaus geführt. Unmittelbar nach dem Sturz Schewardnadses machte die provisorische Staatsführung unter Saakaschwili bereits vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen keinen Hehl daraus, dass die Wiedereingliederung der drei Separatistengebiete Adscharien, Abchasien und Südossetien einen vorrangigen Stellenwert in der politischen Agenda des „jungen“ Regierungsteams einnahm.

Ein genauer Fahrplan zur phasenweisen Wiedereingliederung, welche am 21. September 2004 vom damaligen georgischen Präsidenten Saakaschwili vor der UN-Generalversammlung präsentiert wurde, war im Jahr 2005 angesichts diverser Detailfragen ins Stocken geraten, jedoch nicht aufgrund eines strategischen „Njet“ der russischen Seite.¹ Zchinwali war

1 Im Oktober 2005 präsentierte der georgische Premier Surab Noghaideli dem „Permanent Council“ der OSZE einen bereits detailliert ausgearbeiteten „Aktionsplan“, der jedoch im Dezember 2005 von südossetischer Seite mit der Begründung zurückgewiesen wurde, in diverse Detailfragen nicht einbezogen worden zu sein. Der georgische Aktionsplan hatte die finale politische Lösung hin-

nicht bereit, noch vor Abschluss von Phase Eins und Zwei „vorzeitig“ eine politische Lösung mit Tiflis zu debattieren. Bereits im Jahr 2006 hatte Präsident Saakaschwili den sogenannten Drei-Phasen-Friedensplan² weitgehend verworfen. Klare Anzeichen für ein Abweichen vom ursprünglichen Reintegrationsansatz waren die Ausrufung einer südossetischen Parallelregierung unter georgischer Kontrolle sowie die Demission des auf Ausgleich bedachten georgischen Sonderverhandlers Akhalia.³

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, worin sich die russische Haltung im Falle Georgiens sehr deutlich vom Kontext der ukrainischen Krim unterscheidet, ist die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufgabe von Militärbasen.

Im Rahmen des OSZE-Gipfels 1999 willigte Russland ein, sämtliche vier – zum damaligen Zeitpunkt in Georgien vorhandenen – Militärbasen zu räumen. Die Militärflugplätze Vaziani und Gudauta wurden bereits unter der Regierung Schewardnadse geräumt. Gegenüber der darauffolgenden Saakaschwili-Regierung stimmte Moskau einer vorzeitigen Räumung der beiden russischen Militärbasen in Achalkalaki (62. Division)⁴ sowie in Batumi zu. Im ursprünglichen Abzugsplan – wie er von der OSZE im Oktober 1999 präsentiert wurde – war der Beginn des Abbaus und Transfers der militärischen Anlagen für das Jahr 2008 vorgesehen gewesen. Doch angesichts massiven Drucks von Seiten der Regierung unter Saakaschwili wurde bereits im Jahr 2005 mit der schrittweisen Auflösung der Basen in Achalkalaki und Batumi begonnen.

Im März 2005 erhielt Georgien von russischer Seite die Zusicherung, dass die noch verbleibenden Militärbasen in der ersten Jahreshälfte 2008 vollständig geräumt sein würden.

Moskau hielt den mit Tiflis vereinbarten Fahrplan mit dem überraschenden Resultat ein, dass bereits am 27. Juni 2007 die Basis Achalkalaki⁵ (Region Samzche-Dschawachetien) sowie bereits am 17. November 2007 die Basis Nummer 12 in Batumi übergeben und unter georgisches Kommando gestellt wurden. Somit hatte Moskau gegenüber Tiflis als auch den OSZE-Mitgliedsstaaten während der Jahre von 1999 bis 2008 unter Beibehaltung einer kontinuierlichen Rückzugspolitik ein erhebliches Maß an „good will“ demonstriert

sichtlich einer Reintegration Südossetiens mit Ende des Jahres 2006 vorgesehen.

- 2 Der sogenannte Drei-Phasen-Friedensplan zur Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts wurde der UN-Vollversammlung am 21. September 2004 vorgelegt: Phase 1: ökonomische und soziale Rehabilitation der Konfliktzone, Phase 2: Demilitarisierung und Entkriminalisierung, Phase 3: Festlegung des politischen Status von Südossetien.
- 3 Siehe dazu: Vogl, Doris: Missed Windows of Opportunity in the Georgian-South Ossetian Conflict – The Political Agenda of the post-revolutionary Saakashvili Government (2004-2006). In: Feichtinger, Walter/Felberbauer, Ernst M./Jurekovic, Predrag (Hrsg.): Failed Prevention – The Case of Georgia. Vienna 2010, 59-77.
- 4 Siehe dazu: Øverland, Indra: The Closure of the Russian Military Base at Akhalkalaki: Challenges for the Local Energy Elite, the Informal Economy and Stability. In: Journal of Power Institutions of Post-Soviet Societies, 10/2009.
- 5 Sokov, Nikolai: The Withdrawal of Russian Military Bases from Georgia: Not Solving Anything. In: PONARS Policy Memo 363, 6/2005.

und die jahrzehntelange militärische Bodentruppenpräsenz auf georgischem Kernland vor Fristablauf beendet.

Völlig konträr ist die Sachlage im Falle der Krim, wo Moskau während eines Zeitkontinuums von 15 Jahren immer wieder klar signalisiert hatte, dass ein Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von ukrainischem Territorium außer Frage stand. Bereits während der Jahre 1992, 1994 sowie 2010 war die Sicherung einer langfristigen Stationierung der russischen Flotte in Sewastopol (Krim) wiederholt vorrangiges Verhandlungsthema zwischen Moskau und Kiew gewesen.

Die russische Seite hatte niemals ein Hehl daraus gemacht, welch besondere strategische Bedeutung der langfristigen Verlängerung der Flottenstationierung bis zum Jahr 2042 zugemessen wurde. Anlässlich des ukrainisch-russischen Vertrags von Charkiw⁶ des Jahres 2010 erklärte der damalige russische Präsident Medwedew: „Die Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte, die wir gerade erst mit unseren Unterschriften besiegelt haben, hat für uns eine besondere Bedeutung.“⁷

Angesichts derart augenscheinlicher Indikatoren hinsichtlich des herausragenden strategischen Stellenwertes einer „verlässlichen“ Vertragspartnerschaft mit der Ukraine in Bezug auf die Krim ist der jungen revolutionären Kiewer Regierung vom Februar 2014 ein gerütteltes Maß an Kurzsichtigkeit vorzuwerfen.

Anstatt in triumphaler Lautstärke die Annullierung des Vertrags von Charkiw zu verlautbaren, hätte etwa ein Sondergesandter mit den Agenden neuer Krim-Verhandlungen nach Moskau entsandt werden können bzw. hätte als erster diplomatischer Schritt auf eine Verkürzung der bestehenden Vertragsdauer von 25 Jahren hingearbeitet werden können.

Ohne Zweifel haben die Ereignisse auf der Krim im März 2014 die Normen internationalen Rechtes sowie die Grundsätze der Helsinki-Akte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auf eklatante Weise gebrochen. Die territoriale Souveränität über die Krim wurde der post-revolutionären Kiewer Regierung unter Angabe welcher Gründe auch immer schlichtweg „entrissen“.

Allerdings stand für Moskau in erster Linie die Beibehaltung des strategischen Status quo im Vordergrund: die kontinuierliche Sicherung der Oberhoheit über den russischen Flottenstützpunkt Sewastopol. Entsprechend sollte das von der internationalen Gemeinschaft wahrgenommene, expansive Vorgehen der Russischen Föderation auch nur als „Mittel zum

6 Vertrag von Charkiw: Im April 2010, bereits zehn Jahre vor Ablauf des bestehenden Vertrages mit der ukrainischen Regierung, wurde eine Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte um weitere 25 Jahre ab Ablaufdatum des gültigen Vertrags im Jahr 2017 unterzeichnet.

7 Russische Schwarzmeerflotte sicherte sich für weiteres Vierteljahrhundert ihren Stützpunkt in Sewastopol (22.4.2010). <<https://www.radio-utopie.de/2010/04/22/russische-schwarzmeerflotte-sicherte-sich-fur-weiteres-vierteljahrhundert-ihren-stutzpunkt-in-sevastopol/>>, abgerufen am 11.10.2016.

Zweck“ gewertet werden, jedoch nicht als expansives Agieren per se – mit der strategischen Zielsetzung von Territorialgewinn.

Offenbar entschied sich die Moskauer Führung für eine Verteidigung des Status Quo ohne Rücksicht auf diplomatischen Image-Verlust und zu erwartende internationale Protest-Reaktionen.

Zurück zur Frage expansionistischer Bestrebungen hinsichtlich der Ereignisse vom August 2008: Nach dem georgischen Angriff auf die südossetische Stadt Zchinwali, der im EU-Sonderbericht unter der Leitung von Heidi Tagliavini explizit als kriegsauslösender offensiver Akt festgehalten ist,⁸ wurde die Option einer Wiedereingliederung von Moskau verworfen und noch Ende August 2008 beiden Separatistengebieten der Status unabhängiger Republiken zuerkannt. Auf UN-Ebene wie auch in EU-Kreisen wurde dieser Akt als Provokation ersten Ranges eingestuft.

Im sicherheitspolitischen Mainstream-Diskurs wird die Ausrufung der Republiken Abchasien und Südossetien als Beginn eines russischen Konfrontationskurses gegenüber dem „Nahen Ausland“ gewertet. Zahlreiche Interpretationen gehen einen Schritt weiter, indem aus den politischen Konsequenzen des Jahres 2008 eine neue offensive Linie Moskaus abgeleitet wird. Diesem Ansatz entsprechend wird auch die Angliederung der Krim an die Russische Föderation als expansionspolitische Maßnahme erklärt, die sich letztlich aus einer „geheimen“ Expansionsstrategie ableitet.

Im georgisch-russischen Kontext lassen sich jedoch kaum Territorialgewinne größeren Ausmaßes feststellen. Im Gegenteil: Der noch im August 2008 von russischer Seite präsentierte Rückzugsplan russischer Kampfverbände aus diversen neuralgischen Regionen des georgischen Kernlandes (Gori, Chaschuri etc.) wurde punktgenau eingehalten. Die territorialen Zuwächse für Abchasien und Südossetien beschränken sich bei genauerer Betrachtung auf das Gebiet um Achalgori (Südossetien), das Obere Kodori-Gebirgstal (Abchasien) sowie einige wenige Quadratkilometer entlang jener administrativen Grenzverläufe, die bereits seit den frühen 1990er-Jahren bestanden hatten – jedoch ohne klar definierte Markierungen.⁹ Umstritten ist, aus welchen Gründen Grenzzäune errichtet wurden, welche die Abkommen nach 2008 eindeutig verletzen und was der Zweck einer „creeping border“ sein soll. Die russische Seite verwendet bekanntlich sowjetische

8 “The shelling of Tskhinvali by the Georgian armed forces during the night of 7 to 8 August 2008 marked the beginning of the large-scale armed conflict in Georgia, yet it was only the culminating point of a long period of increasing tensions, provocations and incidents.” Zit. in: Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia: Report, 9/2009, S.11.

9 Genaue Angaben über die Annexionen vgl.: Institute for Development of Freedom of Information (IDFI): Creeping Occupation of Georgia Following the 2008 War (26.10.2015). <<https://idfj.ge/ge/changed-borders-of-georgia-after-occupation>>, abgerufen am 28.10.2016. Für das Dorf Dzhvani gibt es Originaldokumente und Videointerviews. Siehe dazu: In Gvani haben die Okkupanten die sogenannte administrative Grenze verschoben (22.9.2013). <<http://news.ge/ge/news/story/64695-dvanshi-okupantebma-e.ts.administratsiuli-sazghvari-gadmostsics>>, abgerufen am 28.10.2013.

Generalstabskarten, die den administrativen Grenzverlauf der 1980er-Jahre zeigen. Das „legitimiert“ Gebietsgewinne, beschränkt allerdings auch mögliche Annexionen außerhalb dieser Grenzen. Klar ist auch, dass die Russische Föderation ohne Mühe georgisches Kernland bzw. die neuralgische Ost-West-Verkehrsrouten zwischen den georgischen Städten Tiflis, Kutaisi und Senaki sofort besetzen könnte, falls das beabsichtigt ist.¹⁰

Auf die eingangs angesprochene Zeitachse übertragen, lässt sich folglich mit 2008 kein Ausgangspunkt eines expansiven Vektors im Rahmen der russischen Außenpolitik festmachen. Allerdings war damals erstmals das kräftige „Zuschlagen einer diplomatischen Tür“ zu verzeichnen. Mit der Ausrufung der beiden Südkaukasus-Republiken hatte der Kreml der Idee einer Wiedereingliederung der Separatisten-Regionen in den georgischen Staatsverband bis auf weiteres eine klare Absage erteilt.

Zur räumlichen Achse der bewaffneten Konflikte in Georgien und der Ukraine lässt sich als Gemeinsamkeit festhalten, dass sich beide Spannungszonen in jenem geographischen Raum befinden, der gemäß russischem sicherheitspolitischem Konzept als „Nahes Ausland“ definiert ist. Und damit kommen wir zur Frage der NATO-Beitrittsbestrebungen Georgiens sowie auch der Ukraine.

Die Frage der NATO-Erweiterung – eine Falken- und Tauben-Perspektive

Bei der Frage des NATO-Beitritts und allgemein des Umgangs mit Russland waren immer schon zwei grundsätzliche Denkschulen vorhanden:

Die harte Linie, welche vor allem von Polen und den baltischen Staaten, sowie von den gegenwärtigen Regierungen der Ukraine und Georgiens durchgängig vertreten wird, geht von folgenden Annahmen aus:

- Russland versteht nur die Sprache der Gewalt, schreckt aber vor überlegener Gewalt zurück.
- Russland versucht, das sowjetische Imperium wieder zu errichten.¹¹
- Eine NATO-Erweiterung ist die Folge, nicht die Ursache der Bedrohung.
- Die NATO-Erweiterung schafft Stabilität für Europa.

Daraus wird gefolgert, dass russische Militär-Interventionen nur durch einen ehebaldigen NATO-Beitritt (konkret: der Ukraine, Georgiens und Moldawiens) verhindert werden können.

10 Nach Einschätzung von Tinatin Chidascheli, der georgischen Ex-Verteidigungsministerin, genügt dafür ein Tag (Gespräch in Wien, 21.9.2016).

11 Crimea and the Mythology of NATO Enlargement (20.3.2014). <<http://cepa.org/index/?id=fd11e7c410ebb6a55ff6a892fb69cfcc>>, abgerufen am 11.10.2016.

Demgegenüber behaupten die Anhänger einer weicheren Linie (unabhängig von ihrer Sympathie für Russland oder für das jetzige Regime), dass gerade die NATO-Erweiterung die Ursache des Konflikts sei.¹²

Als zentraler Punkt des Disputs um den NATO-Beitritt erweist sich daher die Frage, ob ein Beitritt Sicherheit schafft oder, im Gegenteil, eine russische Reaktion hervorruft. Beide Extrempositionen vernachlässigen zwei Randbedingungen, welche entscheidend sind und eine notwendige Differenzierung darstellen. Die eine davon ist die Wichtigkeit eines Kandidatenlandes unter Berücksichtigung des strategischen Kalküls Russlands. Hier kann man als Konsens zwischen West und Ost unterstellen, dass die kritischen Beitrittsländer Ukraine, Georgien und – mit einigem Abstand – Moldawien sind („sensible Kandidaturen“). Montenegro und Finnland fallen in eine andere Kategorie.

Die zweite Bedingung ist die Bereitschaft der NATO-Mitgliedsländer und vor allem der USA, in einen Krieg (unter Umständen sogar Nuklearkrieg) mit Russland einzutreten. Diese Bereitschaft dürfte auch in den USA zurzeit nicht gegeben sein.

Trotz aller Beitrittsrhetorik ist man sich bei der NATO und generell im Westen darüber im Klaren, dass ein NATO-Beitritt von Georgien, der Ukraine oder Moldawiens für Russland derzeit ein „No-Go“ darstellt. Der bereits beschlossene Beitritt von Montenegro hat zwar das Missfallen der Russischen Föderation ausgelöst (unter anderem deswegen, weil Moskau am Adria-Hafen Bar interessiert ist), ist aber kein *casus belli*. Der scheidende NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR), Philip Breedlove, drückte dies folgendermassen aus: „*Russia will do everything to prevent a NATO accession of Ukraine, Georgia and Moldova. But NATO has to remain firm [...]*“.¹³

Worin genau diese „Festigkeit“ der NATO bestehen soll, bleibt unklar. Klar ist nur, dass man eine direkte militärische Konfrontation zwischen Russland und der NATO unter allen Umständen vermeiden will. Daher gibt es schon seit längerer Zeit Überlegungen, den drei Staaten einen Sonderstatus anzubieten. Dieser vage umschriebene Status soll sichtlich die Russische Föderation beruhigen und die Karotte der Vollmitgliedschaft für die Beitrittskandidaten hochhalten: „*The newly invented status is not a synonym for the Membership Acting Plan (MAP), a standard mechanism for aspirant countries to prepare for membership, but a step towards closer rapprochement*“.¹⁴

12 Z.B. John Mearsheimer: „The taproot of the trouble is NATO enlargement.“ Zit. in: Mearsheimer, John: Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. In: Foreign Affairs (September/Oktober 2014). <<https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault>>, abgerufen am 11.10.2016.

13 Breedlove, Philip: NATOs. Next Act. How to Handle Russia and Other Threats. In: Foreign Affairs, 7-8/2016.

14 Gorke, Alex: NATO Mulls Granting «Association Partnership» to Georgia and Ukraine (25.4.2016). <<http://www.strategic-culture.org/news/2016/04/25/nato-mulls-granting-association-partnership-georgia-ukraine.html>>, abgerufen am 11.10.2016.

Im „Neuen Kalten Krieg“ spielt – wenig überraschend – die mögliche Erweiterung der NATO die Schlüsselrolle. Sie war für die militärischen Interventionen Moskaus im vergangenen Jahrzehnt offensichtlich ausschlaggebend. War nach 1991 sogar von einer NATO-Mitgliedschaft Russlands die Rede, traten jedoch sehr bald schwere Verstimmungen auf.¹⁵ Es zeigte sich, dass Moskau im eigenen Sicherheitsumfeld dominieren wollte (z. B. in Tschetschenien) und gleichzeitig gegen Alleingänge der NATO (z. B. im Kosovo) war. Besonders empfindlich war und ist Russland, wenn es um die mögliche NATO-Mitgliedschaft eines Landes geht, das als strategische Sicherheitszone definiert und perzipiert wird (Ukraine, Georgien und Moldawien).

Die Perestrojka stellt eine Singularität dar. Einer der überraschenden außenpolitischen Züge Gorbatschows war die Absage an die geopolitische Konfrontation mit den USA und der NATO. In einer Rede vor amerikanischen Journalisten in Washington am Vorabend des Gipfeltreffens von 1987 verkündete er: „*[W]ir werden den Amerikanern das Schlimmste antun, was man jemandem antun kann, nämlich ihnen den Feind nehmen.*“ Tatsächlich bewirkte das Verschwinden der Sowjetunion als Hauptfeind der NATO eine tiefe Verwirrung und Unsicherheit über die eigene Aufgabe. Das ist eine Behauptung, die es in zukünftigen Forschungen zu belegen gilt.

Unter Jelzin begann Russland Aktionen zu setzen, die der NATO gegenüber militärische Stärke und Selbstbehauptung signalisierten (z. B. der erste Tschetschenienfeldzug oder die handstreichartige Besetzung des Flughafens von Priština im Juni 1999).

Die perzipierte neue Aggressivität Russlands unter Putin bewahrte die NATO vor einem möglichen Zerfall. Gegenüber der Zeit des historischen Kalten Kriegs hat sich jedoch die geostrategische Lage vollkommen geändert. Wie die Fälle des Kosovo und der Krim zeigen, sind Grenzänderungen in Europa durch Aufstände, Referenden oder Interventionen möglich und denkbar geworden. Russland wird seitens der NATO zwar wieder als Bedrohung eingestuft und die NATO von Russland als „nicht vertrauenswürdig“ perzipiert, doch der Westen muss mit Russland vor allem im Nahen Osten auch militärisch kooperieren. Zudem sind die Konflikte und Gegensätze innerhalb der NATO komplex und tiefgreifend. Auch die Politik der Führungsmacht USA ist weit davon entfernt, eindeutig zu sein. Innerhalb der gegenwärtigen Administration gibt es unterschiedliche Positionen gegenüber Putins Russland und ein Rückzug in einen Isolationismus während der folgenden Präsidentschaft ist durchaus möglich.

Vor allem die russische Intervention in der Ukraine hat die traditionelle Ost-West-Konfrontation wiederaufleben lassen. Dabei befürchtet man im Westen weniger einen frontalen russischen Militärschlag, sondern hybride Operationen nach dem Vorbild der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation. Besonders stark sind solche Befürchtungen in Polen und im Baltikum.¹⁶ Die Anfang Juni 2016 vom polnischen Verteidigungsminister Antoni Ma-

15 Siehe dazu genauer die Beiträge von Naderer in diesem Band.

16 Polen und Litauen sind für den Fall eines hybriden Kriegs bereit. Vgl. dazu: *Gazeta Wyborcza*, 5.3.2016.

Macierewicz verkündete Aufstellung von Territorialverteidigungsverbänden zur Abwehr eines möglichen hybriden Kriegs fand breites Medienecho im Westen.¹⁷ Ankündigungen dieser Art werden aber auch durch Aussagen russischer Analysten befeuert. In den betreffenden Ländern wird gern der russische Militärexperte Pawel Felgengauer zitiert, welcher einen Krieg mit der NATO für möglich hält. Allerdings ist weniger bekannt, dass dieser auch von der Unterlegenheit der russischen Streitkräfte überzeugt ist.¹⁸

Einer der ganz wenigen Analysten, welche eine russische Intervention in der Ukraine vorausgesagt haben, ist der Stratfor-Gründer George Friedman. In einem 2009 verfassten Text argumentierte er:

*„As soon as the United States began trying to recruit Ukraine into NATO, the Russians changed their view of both American intentions and of Ukraine. [...] Ukraine in NATO would be potentially devastating to Russian national security [...] it is only a matter of time before Russian influence will overwhelm Kiev.“*¹⁹

Angesichts der jüngsten Ereignisse hält Friedman Folgendes fest:

*„Ukraine is not a nail to be hammered. First, its fate is not of fundamental American interest. Second, it cannot be driven into the board. The United States must adopt an indirect strategy. What happens in Ukraine will happen. The place where the United States can act to influence events is in the countries bordering Ukraine — most notably Poland and Romania. They care far more about Ukraine’s fate than the United States does and, having lost their sovereignty to Russia once in the last century, will be forced to resist Russia again. Providing them support with minimal exposure makes sense for the United States.“*²⁰

Erweiterungskriterien

NATO-Mitglieder aus nicht-westlichen Staaten sind immer schon nach politischen und strategischen Kriterien aufgenommen worden. Demgegenüber präsentiert sich das Bündnis aber auch als Wertegemeinschaft. So heißt es in der sogenannten „Lissabonner Erklärung“ der Staats- und Regierungschefs (19. November 2010):

17 Bei dieser Maßnahme gibt es selbstverständlich auch einen innenpolitischen Aspekt. Macierewicz sprach von einem „Dienst an Gott, Volk und Vaterland“. Vgl. dazu: Polska „obrona przed rosyjską wojną hybrydową“ trafiła do zachodnich mediów (3.6.2016). <<http://www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/obrona-terytorialna-w-zachodnich-mediach-pisza-o-polsce,649462.html>>, abgerufen am 12.10.2016.

18 Vgl. Felgengauer: vojna RF i NATO – vojna zulusov s angličanami [Felgenhauer: Ein Krieg der RF mit der NATO ist wie der Krieg der Engländer mit den Zulus] (23.2.2016). <<http://newsader.com/19634-felgengauer-vojna-rf-i-nato-vojna-z/>>, abgerufen am 12.10.2016.

19 Friedman, George: The next 100 years. New York 2010, S. 112.

20 The United States Has Unfinished Business in Ukraine and Iraq (24.6.2014). <<https://www.stratfor.com/weekly/united-states-has-unfinished-business-ukraine-and-iraq>>, abgerufen am 12.10.2016.

„Die Mitgliedstaaten der NATO bilden eine einzigartige Wertegemeinschaft, die den Grundsätzen der Freiheit des Einzelnen, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.“²¹

Das kann man im Idealfall als Zielsetzung akzeptieren, aber sicherlich nicht als Beschreibung des Status quo oder als verbindliche Beitrittsbedingung. Die Türkei war weder zum Zeitpunkt ihres Beitritts (1952) noch jetzt eine Demokratie, in einigen Fällen (z. B. Albanien) kann man die Erfüllung des Wertekatalogs bezweifeln.

Dieser Einwand gilt aber mindestens ebenso sehr für Georgien und die Ukraine. Es ist auch nicht eindeutig nachweisbar, inwiefern die Aufnahme in die NATO zu einer Demokratisierung der neuen Mitglieder und einer Verringerung der internen Konflikte geführt hat. Die Tatsachen sprechen eher gegen das Demokratisierungsargument, welches zugunsten der NATO-Erweiterung ins Treffen geführt wird.²²

Es wäre auch sehr verwunderlich, würde man einen Beitritt neuer Mitglieder mit zweifelhafter Demokratie-Qualität aus eben diesem Grund ablehnen. Es gibt zwar in den entsprechenden NATO-Dokumenten keine klare Bedingung, welche Staaten ausschließt, die infolge der Separation irredentistischer Gebiete die Souveränität über diese verloren haben. In einer NATO-Studie aus dem Jahr 1995 heißt es jedoch:

„Prospective members will have to have demonstrated a commitment to and respect for OSCE norms and principles, including the resolution of ethnic disputes, external territorial disputes including irredentist claims or internal jurisdictional disputes by peaceful means, as referred to also in paragraph 6 of Chapter 1 (para. 72).“²³

Bei den Erweiterungsrounds nach 1989 drängte die NATO auch gewisse Beitrittskandidaten, ihre ethnischen oder territorialen Konflikte zu lösen, so z. B. Ungarn und Rumänien.²⁴ Haben Beitrittskandidaten kontradiktorische Gebietsansprüche, dann bleibt nichts anderes übrig, als sich auf abstrakte Prinzipien zu berufen. Ein Beispiel dafür sind die Beschlüsse des Warschauer Gipfels 2016, in denen die territoriale Unversehrtheit Armeniens und Aserbaidschans gleichzeitig garantiert wird, um die „Open-Doors-Politik“ aufrechterhalten zu können:

21 Strategisches Konzept für die Verteidigung und die Sicherheit der Mitglieder des Nordatlantik-Pakts. <www.nato.diplo.de/contentblob/2970688/Daten/.../strat_Konzept_Lisboa_DLD.pdf>, abgerufen am 12.10.2016.

22 Reiter, Dan: Why NATO enlargement does not spread democracy. In: International Security, 04/2001, S. 41-67.

23 Study on NATO Enlargement, Brussels: North Atlantic Treaty Organization (3.9.1995). <http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_24733.htm>, abgerufen am 12.10.2016.

24 Yakobashvili, Temuri/Kulick, Jonathan: Can Georgia Join NATO Without Solving the Conflicts in Abkhazia and South Ossetia? In: Black Sea Paper Series (3/2010). <http://gfsis.org/media/activities/thumb1_/pub/files/publications_politics/Black_Sea_Paper_No.3_2010-16.pdf>, abgerufen am 12.10.2016.

„We continue to support the right of all our partners to make independent and sovereign choices on foreign and security policy, free from external pressure and coercion. We remain committed in our support for the territorial integrity, independence, and sovereignty of Armenia, Azerbaijan, Georgia, and the Republic of Moldova.”²⁵

Zusammenfassung

Aus der Beobachtung des Verhaltens Russlands bzw. der jeweils gewählten Optionen lässt sich schließen, dass die Russische Föderation auch in Hinkunft nur kleinere, meist hybride militärische Operationen als Reaktion auf die jeweiligen Herausforderungen unternehmen wird. Eine ihr oft unterstellte große Strategie der Wiederherstellung der Sowjetunion in ihrem Bestand von 1991 lässt sich nicht erkennen. Es wird schon gar nicht daran gedacht, NATO-Mitglieder militärisch anzugreifen. Das kann man am Beispiel von Georgien und der Ukraine demonstrieren, wo in beiden Fällen weitere territoriale Gebietsgewinne bis hin zu einer Besetzung des gesamten Landes möglich gewesen wären, aber die Operationen offensichtlich unter einer politischen Begrenzung standen. Um einen NATO-Beitritt der beiden Staaten zu verhindern (das war der Hauptgrund der Interventionen), genügten solche Vorstöße.

Den Interventionen in Georgien und der Ukraine ist gemeinsam, dass ein Signal (vor allem an die Adresse der USA) gesendet werden sollte, wonach ein NATO-Beitritt dieser Staaten nicht in Frage kommt.

Durch die Ereignisse der vergangenen Jahre (Krieg in der Ostukraine, Krim-Annexion) ist ein NATO-Beitritt auch aus Sicht westlicher Befürworter für sehr lange Zeit undenkbar geworden. Obwohl zum Zeitpunkt der russischen Intervention in der Ukraine ein NATO-Beitritt nicht bevorstand (die Russen befürchteten, dass dieser im Gefolge einer EU-Annäherung zustande kommen würde), war die Ukraine, nach Georgien im Jahre 2008, eine überdeutliche russische Warnung an die NATO, sensible Kandidaten nicht aufzunehmen. Realistisch gesehen wird sich daher eine mögliche NATO-Erweiterung auf Nordeuropa und den Balkan beschränken.

25 Warsaw Summit Communiqué. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016 (9.7.2016). <http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm>, abgerufen am 12.10.2016.